

Frau Landesrätin Martina Rüscher, MBA MSc
Herr Landesrat Christian Gantner
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 14. April 2025

PFAS-Belastung in Fischen und Verdacht auf Ver- tuschung: Was weiß die Landesregierung?

Sehr geehrte Regierungsmitglieder,

seit mehreren Jahren gelangen regelmäßig neue Meldungen über die PFAS-Belastung in der Bodensee-Region an die Öffentlichkeit. Laut dem Bericht „Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) in Vorarlberg“ des Vorarlberger Umweltinstitutes und des Bundesumweltamtes aus dem Jahr 2021 gibt es „eine regionale Konzentration der PFAS belasteten Standorte im intensiv landwirtschaftlich genutzten Rheintal.“¹ Vorarlberg zählt gemäß dieser Untersuchung zu den am stärksten belasteten Gebieten in ganz Österreich. Kurz nach Veröffentlichung dieses Berichtes wurde bekannt, dass sich auf der Schweizer Bodenseeseite eine Umweltkatastrophe ereignet hat: „Konkret sollen bei einem Unfall beim Aluminiumkonzern ‚Amcor Flexibles Rorschach AG‘ fast 3.000 kg an Löschschaum in den Bodensee gelangt sein. Der Löschschaum soll die längst verbotene Chemikalie PFOS enthalten.“² Eine langfristige Beeinträchtigung des Ökosystems Bodensee wurde damals schon befürchtet und ausgesprochen. Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit AGES hat zudem im Jahr 2021 eine erhöhte PFAS-Konzentration in Bodensee-Fischen festgestellt, hob allerdings den gesundheitlichen Nutzen von gelegentlichem Verzehr dieser Fische aber über das Gesundheitsrisiko.³ Selbst die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee hat im Mai 2023 darüber informiert, dass die Konzentrationen für PFOS, ein Stoff der PFAS-Gruppe, im Bodensee in einem für die menschliche Gesundheit und fischfressende Vögel sowie Säuger relevanten Bereich liegen würde.⁴

1 [Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen \(PFAS\) in Vorarlberg](#), S. 43

2 [Umweltkatastrophe auf Schweizer Bodenseeseite wirft Fragen auf - VOL.AT](#)

3 vgl. [Umweltkontaminanten in Lebensmitteln - Monitoring Endbericht der Schwerpunkttaktion A-904-20](#)

4 vgl. [IGKB - PFAS – eine problematische Schadstoffgruppe auch im Bodensee](#)

Im Jahr 2024 wurde öffentlich, dass im Kanton St. Gallen zu hohe PFAS-Werte in Rindfleisch gemessen wurden, mit der Konsequenz eines Verkaufsstopps dieses Fleisches.⁵ Darüber hinaus wurden PFAS-kontaminierte Flächen in den Gemeinden Mörschwil, Eggersriet, Untereggen, Goldach, Altenrhein und St. Margrethen identifiziert. Die Verwendung von belastetem Klärschlamm aus Abwasserreinigungsanlagen wurde als mögliche Ursache vermutet. Neben dem Fleisch waren dadurch auch unmittelbar die Böden sowie das Quellwasser von der erhöhten PFAS-Konzentration umfasst. Aus diesem Grund hat die Sozialdemokratische Fraktion bereits im Herbst 2024 eine Anfrage zum Schutz der Tiere und Umwelt vor PFAS eingebracht. Auf die Frage nach Methoden zur Erkennung und Messung von Kontaminationen haben Sie, Frau Landesrätin Rüscher, geantwortet:

„Die Messung von PFAS ist nach wie vor sehr aufwändig und teuer, einfache Routinemethoden konnten bisher nicht entwickelt werden. All diese Aufgaben können wegen der hohen Komplexität nicht vom Land Vorarlberg gelöst, sondern müssen auf EU-Ebene bearbeitet werden. Dennoch leistet das Land Vorarlberg im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Vermeidung und im Rahmen von Monitoring Projekten einen maßgeblichen Beitrag. [...] In einer weiteren Schwerpunktaktion des Instituts für Umwelt und Lebensmittelsicherheit wurden Fische aus Fließgewässern und dem Bodensee untersucht, wobei kein Messwert über dem jeweils zutreffenden Höchstwert der EU-Kontaminantenverordnung liegt.“⁶ Das Umweltinstitut beschreibt im Bericht „PFAS in Vorarlbergs Gewässern und Fischen. Eine Stoffgruppe im Gespräch“ aus dem Jahr 2022: „Durch weiteres Monitoring sollen die wesentlichen PFAS-Eintragspfade [...] identifiziert werden.“⁷

Zwischenzeitlich haben neue Recherchen des „Tages-Anzeigers“ ans Tageslicht gebracht, dass mehrere Unfälle bei der eingangs erwähnten Aluminiumfabrik in St. Gallen vertuscht werden sollten. Das Vorarlberger Umweltinstitut hat laut Bericht in der Vergangenheit PFAS-Belastungen im Bodensee untersucht, „doch spezifische Daten zu den Amcor-Vorfällen fehlen. Die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) betont die Notwendigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit, um die Wasserqualität zu sichern.“⁸

Der Kanton St. Gallen aktualisiert monatlich die Berichte des „PFAS Aktivitätenjournals“⁹ auf seiner Homepage, um die Aktivität des Kantons zur PFAS-Situation nachvollziehbar zu veranschaulichen. Wie ausgeführt äußert sich auch die IGKB regelmäßig zur PFAS-Situation im Bodensee. Grundlagen für einen internationalen Austausch würde es also genug geben. Nicht unmittelbar ersichtlich ist allerdings, ob das Land Vorarlberg diesen Austausch forciert.

Um herauszufinden, wie das Land Vorarlberg auf die PFAS-Situation in der Bodensee-Region reagiert, richten wir gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgende

⁵ [Hohe PFAS-Werte in Fleisch gemessen - vorarlberg.ORG.at](https://www.vorarlberg.orf.at)

⁶ Anfragebeantwortung Zahl 29.01.578, 19. September 2024

⁷ ebd. S. 10

⁸ [Bodensee PFAS-Skandal: Fische belastet, Vertuschung? - VOL.AT](https://www.vol.at)

⁹ [PFAS im Kanton St.Gallen | sg.ch](https://www.sg.ch)

ANFRAGE

an Sie:

1. Findet ein internationaler Austausch hinsichtlich der PFAS-Belastung in Böden, Gewässern und Tieren unter Beteiligung des Landes Vorarlberg statt? Falls ja,
 - a. auf welchen Ebenen findet dieser Austausch statt?
 - b. inwieweit hat dieser Austausch zu Erkenntnissen geführt?
 - c. soll dieser Austausch intensiviert werden und falls ja, wie?
2. Werden hinsichtlich einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Synergie-Effekte genutzt, um die PFAS-Konzentration in Böden, Gewässern und Tieren kosteneffizient zu untersuchen?
3. Ist Ihnen das PFAS-Aktivitätenjournal des Kanton St. Gallens sowie die Aktivitäten des Kanton St. Gallen hinsichtlich der PFAS-Untersuchungen bekannt und fließen diese Inhalte in das Monitoring des Landes Vorarlberg mit ein? Falls ja, inwiefern haben die Aktivitäten, Erkenntnisse und Ergebnisse des Kantons St. Gallen in das Monitoring des Landes Vorarlbergs Einzug gehalten?
4. Liegen dem Umweltinstitut mittlerweile alle relevanten Informationen zu den Chemieunfällen des Verpackungskonzerns Amcor in Goldbach vor, um die PFAS-Konzentration im Bodensee sowie alle relevanten Umweltauswirkungen analysieren zu können?
 - a. Falls ja, seit wann liegen dem Umweltinstitut alle relevanten Informationen vor und sind diese in Form eines internationalen Austauschs übermittelt worden?
 - b. Falls nein, bis wann liegen dem Umweltinstitut alle relevanten Informationen vor und wie sollen diese Informationen beschafft werden?
5. Wie findet generell ein internationaler Austausch bei solchen Umweltkatastrophen wie bei der Firma Amcor in Goldbach statt?
6. Hinsichtlich der PFAS-Konzentration im Bodensee und in Bodensee-Fischen finden sich unterschiedliche Aussagen und Parameter. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass kein Messwert über dem jeweils zutreffenden Höchstwert der EU-Kontaminantenverordnung liegt, zum anderen kommt die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit zum Ergebnis einer erhöhten PFAS-Konzentration in Bodensee-Fischen, das sogar ein Gesundheitsrisiko darstellen könnte. Wie kommt es zu diesen unterschiedlichen Feststellungen und an welcher Feststellung soll sich die Bevölkerung orientieren?
7. Sie, Frau Landesrätin Rüscher, haben in der Anfragebeantwortung Zahl 29.01.578 vom 19. September 2024 geschrieben, dass die Messung von PFAS sehr aufwändig und teuer ist, dass einfache Routinemethoden bisher nicht entwickelt werden konnten und

all diese Aufgaben wegen der hohen Komplexität nicht vom Land Vorarlberg gelöst werden könnten, sondern auf EU-Ebene bearbeitet werden sollten. Haben Sie davor oder in der Zwischenzeit versucht darauf hinzuwirken, dass eine Lösung auf EU-Ebene erarbeitet wird?

- a. Falls ja, was haben Sie unternommen und wie ist der aktuelle Stand?
- b. Falls nein, weshalb haben Sie nichts unternommen und wann werden Sie diesbezüglich etwas unternehmen?

Mit bestem Dank für eine ausführliche Beantwortung,

LAbg. Ing. Reinhold Einwallner

LABg. Reinhold Einwallner
SPÖ Landtagsklub
Landhaus
6900 Bregenz

im Wege der Landtagsdirektion

Bregenz, 5. Mai 2025

Betreff: Anfrage vom 14. April 2025, ZI 29.01.066 – PFAS-Belastung in Fischen und Verdacht auf Vertuschung: Was weiß die Landesregierung?

Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Einwallner!

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages gestellte Anfrage beantworten wir wie folgt:

Zu Frage 1: Findet ein internationaler Austausch hinsichtlich der PFAS-Belastung in Böden, Gewässern und Tieren unter Beteiligung des Landes Vorarlberg statt? Falls ja,

a) auf welchen Ebenen findet dieser Austausch statt?

Auf regionaler Ebene im Bodenseeraum findet der Informationsaustausch unter anderem über die Internationale Gewässerschutzkommission Bodensee (IGKB) und die Kommission Umwelt der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) statt. Seit mehreren Jahren steht die PFAS Problematik in diesen internationalen Kommissionen im Fokus. Im November 2025 wird von der IBK ein einschlägiger Fachkongress in Friedrichshafen veranstaltet. Auf nationaler Ebene bringt sich Vorarlberg beim nationalen Aktionsplan des Umweltministeriums aktiv ein, insbesondere auch mit Vorträgen bei den PFAS Awareness Workshops. Auch im ÖWAV PFAS-Ausschuss ist Vorarlberg vertreten und beim „1. Österreichischen PFAS Tag“ wird auch Vorarlberg aktiv vertreten sein. Darüber hinaus gibt es zahlreiche inoffizielle Kontakte sowohl national wie auch international.

b) inwieweit hat dieser Austausch zu Erkenntnissen geführt?

Der internationale Austausch ermöglicht die Erörterung von praktischen Lösungsansätzen für die durch PFAS verursachten Probleme. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei beim Erkennen der Eintragspfade und der Vermeidung von Kontaminationen.

c) soll dieser Austausch intensiviert werden und falls ja, wie?

Der Austausch ist ausreichend, eine weitere Intensivierung ist nicht zweckmäßig.

Zu Frage 2: Werden hinsichtlich einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Synergie-Effekte genutzt, um die PFAS-Konzentration in Böden, Gewässern und Tieren kosteneffizient zu untersuchen?

Die Analysenkosten für die PFAS-Untersuchung sind relativ hoch. Diese lassen sich auch durch „Synergieeffekte“ nicht senken. Das Thema PFAS ist auch im Arbeitsprogramm der Vorarlberger Landesregierung 2024-2029 klar verankert: „Auch dem Thema per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) ist weiterhin Augenmerk zu schenken. Der Vorarlberger Weg der kontinuierlichen Einbindung der PFAS-Messungen in den Aufgabenumfang des Umweltinstituts hat sich bewährt und wird beibehalten.“. Der letzte Satz stellt die bestmögliche Kosteneffizienz für Vorarlberg sicher.

Zu Frage 3: Ist Ihnen das PFAS-Aktivitätenjournal des Kanton St. Gallens sowie die Aktivitäten des Kanton St. Gallen hinsichtlich der PFAS-Untersuchungen bekannt und fließen diese Inhalte in das Monitoring des Landes Vorarlberg mit ein? Falls ja, inwiefern haben die Aktivitäten, Erkenntnisse und Ergebnisse des Kantons St. Gallen in das Monitoring des Landes Vorarlbergs Einzug gehalten?

Das PFAS-Aktivitätenjournal sowie die Aktivitäten sind bekannt. Die dargestellte Situation ist im Einklang mit dem aktuellen Stand des Fachwissens und enthält keine neuen Erkenntnisse. Das PFAS-Monitoring des Landes Vorarlberg wurde in Vorarlberg zeitlich gesehen vor den Untersuchungen in St. Gallen gestartet und wird laufend an die neusten Erkenntnisse der Wissenschaft angepasst. Ein Schwerpunkt wird dieses Jahr auf der Untersuchung von Lebensmitteln liegen. Auch dem Thema Schadstofftransfer muss weiterhin Augenmerk geschenkt werden. Dabei wird die Identifizierung von Vorläufersubstanzen eine maßgebliche Rolle spielen.

Zu Frage 4: Liegen dem Umweltinstitut mittlerweile alle relevanten Informationen zu den Chemieunfällen des Verpackungskonzerns Amcor in Goldbach vor, um die PFAS-Konzentration im Bodensee sowie alle relevanten Umweltauswirkungen analysieren zu können?

- a) Falls ja, seit wann liegen dem Umweltinstitut alle relevanten Informationen vor und sind diese in Form eines internationalen Austauschs übermittelt worden?
- b) Falls nein, bis wann liegen dem Umweltinstitut alle relevanten Informationen vor und wie sollen diese Informationen beschafft werden?

Für die Abschätzung der Auswirkung der Havarie bei der Fa. Amcor auf Vorarlberg liegen die Informationen vor. Bei der Substanz handelt es sich um Perfluorooctansulfonsäure, die eingetragene Menge ist bekannt. Die IGKB, aber auch das Land Vorarlberg haben sich intensiv damit beschäftigt. Die Messungen im Bodensee durch das laufende IGKB-Monitoring haben gezeigt, dass es keine Beeinträchtigung des Bodensees gegeben hat. Die Daten der quartalsmäßigen Routinemessungen des Umweltinstituts in der Bregenzer Bucht ergeben ebenfalls keinen Hinweis auf einen Zusammenhang mit dem Schadensfall bei der Fa. Amcor. Der Vertreter des Kantons St. Gallen in der IGKB hat im März 2022 über den Vorfall berichtet und über die Sachlage informiert.

Zu Frage 5: Wie findet generell ein internationaler Austausch bei solchen Umweltkatastrophen wie bei der Firma Amcor in Goldbach statt?

In der IGKB gibt es den Fachbereich Schadensabwehr, der die gegenseitige Information über entsprechende Meldeköpfe sicherstellt. Darüber hinaus pflegen die Mitglieder in den vorgenannten Fachgremien auch den persönlichen Kontakt.

Zu Frage 6: Hinsichtlich der PFAS-Konzentration im Bodensee und in Bodensee-Fischen finden sich unterschiedliche Aussagen und Parameter. Zum einen wird darauf hingewiesen, dass kein Messwert über dem jeweils zutreffenden Höchstwert der EU-Kontaminantenverordnung liegt, zum anderen kommt die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit zum Ergebnis einer erhöhten PFAS-Konzentration in Bodensee-Fischen, das sogar ein Gesundheitsrisiko darstellen könnte. Wie kommt es zu diesen unterschiedlichen Feststellungen und an welcher Feststellung soll sich die Bevölkerung orientieren?

Die Festlegung der Grenzwerte erfolgt durch die europäische Kommission. In der Europäischen Union (EU) und auch in der Schweiz gelten für Lebensmittel die Höchstwerte der Kontaminantenverordnung. Im Falle von PFAS erfolgt derzeit die Ableitung der Höchstwerte im Wesentlichen aus der empfohlenen wöchentlichen Höchstaufnahmedosis der EFSA für vier ausgewählte Einzelsubstanzen und den durchschnittlichen Verzehrsmengen.

Zu Frage 7: Sie, Frau Landesrätin Rüscher, haben in der Anfragebeantwortung Zahl 29.01.578 vom 19. September 2024 geschrieben, dass die Messung von PFAS sehr aufwändig und teuer ist, dass einfache Routinemethoden bisher nicht entwickelt werden konnten und all diese Aufgaben wegen der hohen Komplexität nicht vom Land Vorarlberg gelöst werden könnten, sondern auf EU-Ebene bearbeitet werden sollten. Haben Sie davor oder in der Zwischenzeit versucht darauf hinzuwirken, dass eine Lösung auf EU-Ebene erarbeitet wird?

- a) Falls ja, was haben Sie unternommen und wie ist der aktuelle Stand?
- b) Falls nein, weshalb haben Sie nichts unternommen und wann werden Sie diesbezüglich etwas unternehmen?

Die damalige Beantwortung hat sich insbesondere auf das Schutzgut Boden bezogen. Für das „Soil Monitoring Law“ der EU liegt mittlerweile eine Einigung zwischen EU-Parlament und EU-Kommission vor. Der Entwurf enthält zwar die Forderung nach PFAS-Grenzwerten im Boden. Diese sollen jedoch von den Mitgliedsstaaten festgelegt werden. Die EU wird nach derzeitigem Diskussionsstand keinen Beitrag leisten. Damit ist eine harmonisierte Vorgehensweise innerhalb der EU bezüglich untersuchter Substanzen und Grenzwerten diesbezüglich schwierig. Das Land Vorarlberg ist über das Umweltinstitut in der österreichischen Länderarbeitsgruppe zur EU-Bodenrichtlinie vertreten und wird sich weiter aktiv für eine gemeinsame Regelung einsetzen. Sollte eine einheitliche Grenzwertfestlegung auf europäischer Ebene nicht möglich sein, wird zumindest für Österreich eine gemeinsame Vorgehensweise der Bundesländer angestrebt.

Mit freundlichen Grüßen

Landesrat Christian Gantner

Landesrätin Martina Rüscher, MBA MSc